

II-7391 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am Mai 1989

GZ. 190.03.00/17-II.4/89

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Dr. Müller, Dr. Jankowitsch,
Weinberger, Strobl, Mag. Guggenberger,
Dietrich betreffend Maßnahmen
gegen die Apartheid (Nr. 3557/J-NR/1989)

3421 IAB
1989 -05- 08
zu 3557/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Müller, Dr. Jankowitsch, Weinberger, Strobl, Mag. Guggenberger, Dietrich haben am 5. April 1989 unter der Nr. 3557/J-NR/1989 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Maßnahmen gegen die Apartheid gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Sie im Sinne dieser Bitte der südafrikanischen Bischöfe bereits tätig geworden?
2. Wenn ja: Welche Initiativen haben Sie ergriffen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage (Punkt 1 und 2) wie folgt zu beantworten:

Die Initiative der südafrikanischen Regierung durch neue gesetzliche Maßnahmen südafrikanische Organisationen zu einer Offenlegung ihrer ausländischen Finanzierung zu zwingen, wurde von meinem Ressort vom Anfang an sehr genau verfolgt und war - im Sinne des Ersuchens der Delegation der südafrikanischen Bischöfe, welche am 13. März d.J. bei mir vorgesprochen haben - bereits Gegenstand von Vorstellungen gegenüber den südafrikanischen Behörden.

- 2 -

Bereits am 1. März 1988 wurde im südafrikanischen Parlament die "Promotion of Orderly Internal Politics Bill" eingebracht, ein Gesetzesentwurf, mit welchem alle ausländische Finanzierung politischer oder politisch motivierter Aktivitäten verboten werden sollte.

Nach Ablehnung dieser Vorlage durch die Parlamentskammern der Farbigen und Inder sowie nach zahlreichen heftigen Protesten der internationalen Staatengemeinschaft - auch der zuständige Abteilungsleiter meines Ressorts hat gegenüber dem südafrikanischen Botschafter in Wien interveniert - wurde diese Vorlage jedoch wieder zurückgezogen.

Eine neue Vorlage, die sogenannte "Promotion of Orderly Politics Bill", wurde vor kurzem im Parlament gebilligt, ist aber noch nicht in Kraft getreten.

In dem neuen Gesetz wurden verschiedene Einwände der Opposition berücksichtigt. Dessenungeachtet bietet es den Behörden die Handhabe für eine weitreichende Finanzkontrolle der hievon betroffenen Organisationen.

Sehr viel wird davon abhängen, in welcher Weise das Gesetz, dessen Inkrafttreten noch nicht feststeht, angewendet wird. Mein Ressort wird jedenfalls die diesbezügliche Vorgangsweise der südafrikanischen Behörden sehr genau beobachten - die österreichische Botschaft in Pretoria wurde in diesem Sinn bereits instruiert - und bei Bedarf die notwendigen Schritte setzen. Eine ähnliche Vorgangsweise ist, soweit bekannt, auch seitens der Staaten der Europäischen Gemeinschaften ins Auge gefaßt, welche im besonderen Maße Finanzmittel für die diskriminierte schwarze Bevölkerung in Südafrika zur Verfügung stellen und die vielfach gerade über solche Organisationen fließen, die durch dieses Gesetz eingeschränkt werden sollen.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

